



## Armutsfolgen der Corona-Krise: Wege aus der (kommunalen) Ressourcenknappheit jetzt gestalten

Im Rahmen einer Reihe digitaler Austauschforen hat sich das FORUMTRANSFER am 22. Juni 2020 mit den Folgen des Corona-Virus auf individuelle und kommunale Armutslagen befasst.

Ausgangspunkt der Diskussion waren folgende Thesen, die das FORUMTRANSFER-Team aufgestellt hatte:

Aufgrund der coronabedingten wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen werden

- sich Armutsfolgen für Menschen in bereits prekären Lebenslagen verschärfen,
- Personen, die vor der Pandemie knapp über der Armutsschwelle lagen, in Folge der Auswirkungen von COVID-19 künftig vermehrt in Armut leben,
- insbesondere Kommunen mit hohen Finanzdefiziten zusätzlich belastet,
- die finanziellen Spielräume dieser Kommunen für eine effektive Armutsbekämpfung und Vermeidung noch weiter eingeschränkt.

Um einer daraus entstehenden Verschärfung von Armutsfolgen frühzeitig entgegenwirken zu können, wurde als Ansatzpunkt eine sozialräumlich und vernetzt ausgestaltete integrierte Sozialplanung gesehen.

Diese Ausgangsthesen wurden diskutiert mit:

- Dan Pascal Goldmann, Leiter der Abteilung Schulsozialarbeit des Amtes für Soziale Arbeit Wiesbaden (Hessen)
- Thorsten Klute, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen-Lippe (NRW)
- Uwe Lübking, Beigeordneter für Arbeitsmarktpolitik, Kultur, Sport, Verwaltungsmo- dernisierung, Demografie und Bildung beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB)
- Juliane Meinhold, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Gesamtverband
- Antje Post, Geschäftsführerin Arbeitsbündnis Jugend und Beruf im Landkreis Vorpommern-Rügen (Mecklenburg-Vorpommern)
- Udo Recktenwald, Landrat des Landkreises St. Wendel (Saarland)
- Matthias Röder, Leiter des Jugendamtes im Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hessen) und FORUMTRANSFER
- Thomas Schwarze, Leiter der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Gesamtschule in Wiesbaden-Biebrich (Hessen)
- Dr. Gabriele Trost-Brinkhues, Sprecherin Jugend- und Gesundheitsdienst im Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
- Claudia Völcker, Leiterin des Fachbereichs Kinder- und Jugendhilfe, Diakonissen Speyer (Rheinland-Pfalz)
- Markus Zwick, Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens (Rheinland-Pfalz)

Die Diskussionsleitung hatte Heinz Müller, Geschäftsführer des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism). Zudem haben vom FORUMTRANSFER mitgewirkt:

- Carolin Bahm
- Eva Dittmann
- Klaus Peter Lohest
- Prof. Dr. Wolfgang Schröer
- Dr. Severine Thomas

Inhaltlich standen folgende Aspekte im Mittelpunkt der Gesprächsrunde, die hier zusammenfassend wiedergegeben werden:

Unbestritten war, dass **Corona als Krisenverschärfer** in vielfacher Hinsicht wirkt. Während in den ersten Wochen vor allem Wintersporturlauber\*innen erkrankten (z. B. Ischgl-Reisende), sind nunmehr vor allem diejenigen betroffen, die in unwürdigen Verhältnissen leben und arbeiten (siehe: die Arbeiter\*innen in der Schlachtindustrie Nordrhein-Westfalens). Deren Situation verschärft sich, was symbolisch dadurch zum Ausdruck kam, dass die Tönnies-Mitarbeiter\*innen die ersten waren, die eingezäunt wurden (Thorsten Klute).

„Corona wirkt wie ein Brennglas, in dem es bereits bestehende soziale Ungleichheit noch verschärft.“

~Juliane Meinhold, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Gesamtverband

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die **Pandemie negative Auswirkungen auf individuelle Armutslagen** hat. Zum einen seien wichtige unterstützende Leistungen entfallen, wie kostenlose Frühstücke und Mittagessen, zum anderen habe die soziale Infrastruktur – Kindertagesstätten, Schulen, Ganztagsbetreuung – ihren Betrieb zunächst vollkommen einstellen müssen. Vor allem für Menschen in sozial prekären Lebenslagen sei das eine Katastrophe gewesen. Die Einstellung der Angebote habe zu einem „Unsichtbarmachen von denjenigen geführt, auf die man einen Blick haben müsse“ (Dr. Gabriele Trost-Brinkhues/Thorsten Klute/Juliane Meinhold). Davon seien auch Gruppen betroffen, die nicht im ersten Fokus der Kinder- und Jugendhilfe stünden:

- diejenigen, die aufgrund von Kurzarbeit oder zum Erliegen gekommener selbstständiger Tätigkeiten ihrer Eltern in Armut fielen, aber nicht den Weg ins Jugendamt fänden,
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die noch immer nicht in die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe fallen und aufgrund von besonderen gesundheitlichen Risiken aus Schutzgründen nahezu exkludiert worden seien,
- Kinder und Jugendliche in engen Wohnverhältnissen, denen die Möglichkeiten sinnvoller Beschäftigung fehlten,
- Kinder, die vermehrt Streitigkeiten bis hin zu Gewalt erleben mussten,
- Careleaver, die mitten in der Pandemie das System der Kinder- und Jugendhilfe verlassen mussten.

Zu fragen sei, wer diese Gruppen überhaupt gesehen habe, welche Angebote man für sie machen könne und wie sie (wieder) in den Fokus der Kinder- und Jugendhilfe gelangen könnten (Juliane Meinhold).

Verschärfend sei hinzugekommen, dass bei vielen dieser Kinder und Jugendlichen die Eltern den Ausfall der infrastrukturellen Angebote nicht kompensieren könnten. Auch fielen sie teilweise als Vorbilder weg, weil sie – aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit – selbst keinen strukturierten Alltag hatten.

„Corona hat die Fragestellung verschärft, wie wir Menschen in Krisensituationen erreichen können, zu denen der Zugang sowieso erschwert ist.“

~Uwe Lübking, Beigeordneter für Arbeitsmarktpolitik, Kultur, Sport, Verwaltungsmodernisierung, Demografie und Bildung beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Ein besonderes Augenmerk wurde in diesem Zusammenhang auf die Schule gerichtet. Am Beispiel der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Gesamtschule in Wiesbaden-Biebrich zeigte sich die besondere Herausforderung: von 800 Schüler\*innen haben 80 Prozent einen Migrationshintergrund, etwa ein Viertel ist auf Grundsicherung angewiesen. Nur 200 haben einen W-LAN-Zugang, 500 verfügen über keinerlei Hardware-Ausstattung und 200 über keinen Internet-Zugang (Thomas Schwarze).

„Unser Schulsystem ist hoffnungslos veraltet. Die Krise hat alle Schwächen offenbart. Notwendig wäre eine grundlegende Reform unseres Bildungssystems. Ob das aber politisch gewollt ist, stelle ich in Frage.“

~Thomas Schwarze, Leiter der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Gesamtschule in Wiesbaden-Biebrich

Den ausgefallenen Lehrstoff nachzuholen, brauche Zeit und finanzielle und personelle Ressourcen, z.B. in Form von Sommercamps (Uwe Lübking/Thomas Schwarze). Zudem solle das durch Corona notwendig gewordene projektorientierte und fächerübergreifende Lernen fortgesetzt werden (Thomas Schwarze).

Der Digitalpakt gebe richtige Antworten auf die Unterausstattung von Schulen mit Hardware. Mit den vom Bund bereitgestellten Mitteln stünden zwar Finanzmittel zur Verfügung (Herr Lübking vom DStGB forderte in diesem Zusammenhang allerdings eine höhere Unterstützung des Bundes ein), aber es gäbe ein Umsetzungsproblem, das auch auf hohe bürokratische Hürden zurückzuführen sei. Beispielsweise werde die Frage gestellt, ob digitale Endgeräte Lehrmittel seien oder nicht. Davon hänge dann wiederum die Förderfähigkeit ab (Thomas Schwarze). Entscheidend sei aber auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerschaft. Hier gebe es große Versäumnisse und einen erheblichen Nachholbedarf (Uwe Lübking).

Wie wichtig die Rolle der **Schulsozialarbeit** gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche in solch einer Krisensituation ist, betonten Thomas Schwarze („Die Schulsozialarbeit könnte und will mehr machen, als derzeit erlaubt ist wegen der Hygieneregeln.“) und Dan Pascal Goldmann. Schulsozialarbeit in Wiesbaden sei seit 1977 ein Teil des städtischen Jugendhilfeangebotes. Seit 1993 sei sie als eigenständiges Aufgabenfeld der Jugendhilfe in der Abteilung Schulsozialarbeit des Amtes für Soziale Arbeit zusammengefasst.

Ein besonderes Augenmerk liege auf der Gestaltung von (Bildungs-)Übergängen:

- Kita – Schule;
- Grundschule – weiterführende Schule;
- Schule – Beruf.

So sei eine Koordinierungsstelle Schule – Beruf eingerichtet worden, die an den fünf berufsbildenden Schulen Wiesbadens Schüler\*innen in der Berufsvorbereitung begleite. Erleichtert werde die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter dadurch, dass Wiesbaden Optionskommune sei. Im Fokus seien primär Schulen und Stadtteile mit besonderen sozialen Anforderungen. Dadurch würden nahezu 100 Prozent aller prognostizierten Förder- und Hauptschulabsolvent\*innen an zwei Förderschulen, drei Haupt- und Realschulen, einer Mittelstufenschule und sieben Integrierten Gesamtschulen erreicht. Ziel sei, niemanden zu verlieren.

In der Corona-Krise sei es die Kinder- und Jugendhilfe gewesen, die den Kontakt zu den Schulabgänger\*innen gehalten habe. So habe der Wiesbadener Stadtrat und Sozialdezernent Christoph Manjura sowohl das Hessische Kultusministerium als auch die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit auf den unglücklichen Umgang mit der Zielgruppe der sozial Benachteiligten hingewiesen. Das Kultusministerium habe nämlich entschieden, dass die geplanten Prüfungen in diesem Schuljahr in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung sowie Pusch-B im Gegensatz zu den Abiturprüfungen ausgesetzt würden. Und ein Großteil der Berufsberater\*innen sei mit anderen „dringlicheren“ Aufgaben betraut worden und habe daher nicht mehr für die Jugendlichen zur Verfügung gestanden. Vielmehr sei eine Hotline angeboten worden, deren Telefonnummer erst nach der Intervention von Herrn Manjura publiziert worden sei. Trotz Verständnis für Corona fiele in diesem Fall auf, dass von zwei großen Behörden/Institutionen die Entscheidung gegen die gleiche (besonders benachteiligte) Zielgruppe getroffen wurde und mindestens die Frage erlaubt sei, warum die regionalen Kooperationspartner nicht in solche Entscheidungen eingebunden würden.

„Die Schulsozialarbeit hat in Corona-Zeiten eine Schlüsselfunktion bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen.“

~Dan Pascal Goldmann, Leiter der Abteilung Schulsozialarbeit des Amtes für Soziale Arbeit Wiesbaden

Die große Bedeutung einer institutionellen Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf stellte auch Antje Post, die Geschäftsführerin des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf, am Beispiel des Landkreises Vorpommern-Rügen dar. Die früheren Kompetenzagenturen initiierten die Zusammenarbeit von Jugendamt, Agentur für Arbeit und Jobcenter. Darauf aufbauend wurde 2013 ein „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ geschaffen, das im Eigenbetrieb Jobcenter angesiedelt sei. Mitwirkende seien der Landkreis mit seinem Eigenbetrieb Jobcenter, den Fachdiensten Jugend und Sozialpädagogischer Dienst, der Gleichstellungsbeauftragten, der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung und dem Regionalen Beruflichen Bildungszentrum, die Bundesagentur für Arbeit – Agentur für Arbeit Stralsund, das Staatliche Schulamt Greifswald, die IHK Rostock, die Kreishandwerkerschaft Rügen-Stralsund-Nordvorpommern und die Hochschule Stralsund. Im Mittelpunkt stünden rechtskreisübergreifende Angebote der verschiedenen Leistungssysteme (Schule, SGB II, SGB III, SGB VIII und Schule). Ausgerichtet sei die Kooperation darauf,

- Transparenz hinsichtlich der Nachfragenden und der Angebote zu schaffen,
- sich über die Gestaltung eines zielgerichteten Daten- und Informationstransfers auszutauschen,

- die Abläufe und Maßnahmen mit Blick auf eine bessere Vernetzung und Ausgestaltung zu gestalten,
- ein „One-Stop-Government“ zu schaffen und
- Hilfen aus einer Hand anzubieten.

Viermal im Jahr treffe man sich im Kooperationsverbund. Als konkretes Ergebnis könne das gemeinsame Angebot „BIFA – Berufliche Integration und Familienaktivierung“ des Jobcenters und des Jugendamtes gesehen werden. U.a. sollten hiermit nicht nur Jugendliche, sondern auch deren Eltern erreicht werden. Um sie in einem Flächenlandkreis besser einbinden und aktivieren zu können, sei in Form von Beratungsbussen auch ein mobiles Angebot geschaffen worden. Als eine Hemmschwelle bei der Realisierung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit werde oft der Datenschutz benannt, der mit den entsprechenden Regelungen jedoch kein Hindernis sei.

Zukünftig wünsche man sich auch in anderen Regionen des Bundeslandes, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe inkl. der Hilfen zur Erziehung aktiver in die Kooperation einbringe. Entwicklungspotenzial werde in verwaltungsinternen Planungsprozessen gesehen. Hier könnten bereichsübergreifende Abstimmungen mehr aufeinander aufbauen, wie z. B. die Sozialplanung, die Planungen zu ÖPNV-Angeboten, Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung oder die Aktivitäten der Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung.

„Wenn die verantwortlichen Führungskräfte der einzelnen Rechtskreise hinter der Zusammenarbeit zum Wohle des Jugendlichen stehen, dann funktioniert sie auch und die Ressourcen der einzelnen Rechtskreise und der unterschiedlichen Sozialgesetzbücher können effizienter genutzt werden, um junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten.“  
~Antje Post, Geschäftsführerin Arbeitsbündnis Jugend und Beruf im Landkreis Vorpommern-Rügen

Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass die Beispiele vernetzten und kooperierenden Handelns beim Übergang von der Schule in den Beruf die Notwendigkeit bestätigten, in den Kommunen generell eine integrierte und inklusive Sozialplanung anzustreben. Insbesondere um Menschen in sozial prekären Lebenslagen erreichen zu können, sei es notwendig, im Rahmen solch einer Sozialplanung die Angebote zu verzahnen und quartiersbezogen auszugestalten. Partizipation, sowohl gegenüber den Nachfragenden als auch unter den Anbietenden, müsse ebenso selbstverständlich sein wie kooperatives Handeln (Uwe Lübking). Nur so könnten präventive Angebote gelingen, die dauerhaft zu weniger Armut führten bzw. durch die die Armut im Entstehen bereits verhindert werden könne.

„Ziel muss sein, den nachsorgenden Ansatz der Kinder- und Jugendhilfeplanung hinter uns zu lassen zu Gunsten eines präventiven Ansatzes im Rahmen einer integrierten Sozialplanung.“  
~Udo Recktenwald, Landrat Landkreis St. Wendel

Herr Lübking sprach in diesem Zusammenhang von notwendigen „Kümmererstrukturen“, Herr Recktenwald, Herr Röder und Herr Zwick nannten es „Chefsache“.

Im Landkreis St. Wendel wurde – angesiedelt beim Landrat – eine Stabsstelle Integrierte Sozialplanung geschaffen.

<https://www.landkreis-st-wendel.de/der-landkreis/landratsamt/verwaltungsaufbau/stabsstellen>

Als Steuerungsinstrument ermögliche dies eine tiefenscharfe Analyse der sozialen Lebenslage der Bevölkerung oder von Teilgruppen, auf deren Grundlage die lokalen Bedarfe festgestellt und soziale Dienstleistungen passgenau, effizient und effektiv geplant und letztendlich umgesetzt werden könnten. Wichtig seien nicht nur Expert\*innen, sondern alle Akteur\*innen mit ihrer jeweiligen Perspektive auf den örtlichen Sozialplanungsprozess im kleinräumigen Sozialraum (z. B. in einer Gemeinde, einem Ortsteil, einer Wohnsiedlung oder auch einzelnen Wohnquartieren). Daraus entstehe ein Gesamtbild einzelner Aspekte in einem Sozialraum und der damit verbundenen Herausforderungen und sich ergebenden Lösungsansätze, die dann bei verschiedenen Problemen und an unterschiedlichen Zielgruppen ansetzen könnten. Ein Grundverständnis sei, dass man gemeinsam Armut erkennen und die notwendigen Ressourcen zu ihrer Bekämpfung definieren könne.

### **Landkreis St. Wendel**

Der Landkreis St. Wendel liegt im nordöstlichen Teil des Saarlandes an der Grenze zu Rheinland-Pfalz und gehört in seiner Gesamtheit zum Naturpark Saar-Hunsrück. Die Gebietsgröße beträgt 476,13 km<sup>2</sup>. 87.169 Einwohner\*innen leben in den acht Gemeinden.

Das Saarland hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel erlebt, der auch die Wirtschaftsentwicklung in den Kreisen stark geprägt hat. Klarer Gewinner ist der Landkreis St. Wendel, der die höchsten Wachstumsraten und Beschäftigtenzuwächse verbuchen konnte.

In einer schwierigeren wirtschaftlichen Situation befindet sich die Stadt **Pirmasens**.

**Pirmasens** ist mit etwa 40.000 Einwohner\*innen die zweitkleinste kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz.

Geprägt ist die Stadt durch einen Strukturwandel der Mitte der 70er-Jahre des letzten Jahrtausends einsetzte. War sie zuvor die „deutsche Schuhstadt“, verlor sie durch die Auslagerung der Schuhindustrie ins Ausland den gesamten Produktionszweig und damit auch Arbeitsplätze, für die eine hohe Qualifikation nicht notwendig war. Statt Vollbeschäftigung ist die Arbeitslosenquote zweistellig (Juni 2020: 12,3 Prozent). Eine hohe Altersstruktur, viele Leerstände, geringe Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Aufstiegschancen, ein allgemein niedriges Bildungsniveau und der Zuzug vieler Geflüchteter, die hier aufgrund der Leerstände preiswerte Wohnungen fanden, prägen die Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Stadt. Verschärfend kam der Abzug amerikanischer Streitkräfte hinzu, durch den 10.000 zivile Arbeitsplätze entfielen. Das alles führte dazu, dass Pirmasens heute die höchst verschuldete Stadt in Deutschland ist.

Zwar erholt sich die Wirtschaft zurzeit, jedoch haben Kinder, deren Eltern im SGB II-Leistungsbezug sind, weiterhin Probleme mit einem Bildungszugang und aus der Armutsspirale heraus zu kommen.

Auch in Pirmasens entstehen integrierte Sozialstrukturen. Als erste Schritte hat Oberbürgermeister Markus Zwick eine Organisationseinheit Jugendberufshilfe geschaffen, die fachübergreifend niedrigschwellig in zwei bereits existenten Quartiersbüros – ein drittes entsteht zurzeit – ihre Angebote unterbreitet.

„Es braucht Erprobung und Modellprojekte, die über die Idee Jugendberufsagentur hinausgehen. Wie müssen die versäulten Hilfesysteme insgesamt überwinden und familien- und ressourcenorientierte Angebote im Sozialraum entwickeln – die Jugend- und Sozialämter, das Jobcenter und die Schulen.“

~Markus Zwick, Oberbürgermeister Pirmasens

Das Problem sei, Kindern und Jugendlichen, deren Eltern oftmals langzeitarbeitslos seien, eine Perspektive aufzuzeigen. Die Eltern fielen als Vorbilder aus, wenn sie selbst keine berufliche Perspektive hätten. Deshalb habe die Stadt gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein Programm initiiert, in dem arbeitslose Personen Senior\*innen in deren Alltag unterstützten. Zwei positive Effekte seien:

- langzeitarbeitslose Personen hätten wieder eine (berufliche) Perspektive, die ihr Leben insgesamt positiv beeinflusse und
- in vielen Fällen könne so bei den älteren Menschen eine Heimunterbringung vermieden werden.

Dieses Beispiel zeige, dass man das gesamte Familiensystem in den Blick nehmen müsse, um Kindern und Jugendlichen einen Weg aus der Perspektivlosigkeit weisen und eine Armutsspirale durchbrechen zu können.

Positiv sei ebenfalls der „Pakt für Pirmasens“, durch den es u. a. gelungen sei, ehrenamtliches Engagement für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Armutsverhältnissen zu fördern.

<http://pakt.pirmasens.de/>

Für Herrn Lübking ist das zuletzt angesprochene zivilgesellschaftliche Engagement ebenfalls ein wichtiger Faktor für eine inklusive und integrierte Sozialplanung. Mit der Dokumentation „Neuausrichtung gemeindlicher Sozialpolitik – Für eine aktive Gestaltung eines Kerns gemeindlicher Daseinsvorsorge“ habe der Deutsche Städte- und Gemeindebund 2009 auf die Notwendigkeit von Sozialraumanalysen und kommunaler Sozialplanung verwiesen.

Gute Beispiele für eine Aktivierung der Zivilgesellschaft findet man z. B. in dem Praxisleitfaden „Zusammenleben vor Ort: Gemeinsam – Demokratisch – Engagiert“ abrufbar unter [www.b-b-e.de/projekte/demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum/](http://www.b-b-e.de/projekte/demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum/).

Matthias Röder, Leiter des Jugendamtes Darmstadt-Dieburg, verlangte von der Kinder- und Jugendhilfe den ersten Schritt in Richtung einer integrierten Sozialplanung dadurch zu gehen, dass man das Jugendamt selbst in den Blick nehme. Bereits hier mangle es an einer koordinierten Zusammenarbeit. Im Landkreis sei man auf dem Weg, die Angebote der Familienbildung, der Hilfen zur Erziehung und der Jugendarbeit miteinander zu verknüpfen und zu dezentralisieren. Allerdings reiche eine Kooperation nicht aus, wichtig seien vielmehr die Bündelung von Finanzströmen und Ressourcen. Das sei im Einzelfall, aber auch fallübergreifend notwendig. Erste Schritte seien die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und der Arbeitsagentur sowie den Schulen. Das Gesundheitsamt müsse ebenfalls eingebunden werden. Vernetzungen dieser Art hätten auch ganz praktische Vorteile: so könnten Maßnahmen anderer Sozialleistungsträger in den Räumen einer Schule durchgeführt werden, an denen sich Kinder mit einem besonderen Hilfebedarf ohnehin aufhalten. Auch könnten Schulräume von freien Trägern in der unterrichtsfreien Zeit für ihre Angebote genutzt werden.

„Zentral ist, Finanzströme und Ressourcen zu bündeln, um kooperative Angebote als Strategie im Umgang mit (finanzieller) Ressourcenknappheit entwickeln zu können. Das muss sowohl nach innen in den Ämtern als auch nach außen funktionieren. Darüber müssen wir mit den politisch Verantwortlichen vor Ort reden.“

~Matthias Röder, Leiter des Jugendamtes Darmstadt-Dieburg

Frau Dr. Trost-Brinkhues ging in diesem Zusammenhang auf die Rolle des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes ein (ÖGD).

„Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst versteht sich als ‚Kümmerer und Vernetzer‘ vor Ort, der die verschiedenen Planungsbereiche unter Public Health-Aspekten im Blick hat. Er handelt als ‚Anwalt‘ der Kinder und Jugendlichen für Chancengleichheit und unterstützt sie in ihrem Recht auf Gesundheit.“

~Dr. Gabriele Trost-Brinkhues, Sprecherin Jugend- und Gesundheitsdienst im Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Für eine kleinräumige Sozialplanung bietet der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst eine gute Datengrundlage, weil die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen mit dem frühen Erkennen der jeweiligen Problemlagen zur Verfügung stünden. So könnten konkret auf den Zusammenhang zwischen Bildungsferne und Armut und den spezifischen Gesundheits- und Versorgungsbedarfen dieser Kinder und Jugendlichen in seiner Netzwerkarbeit aufmerksam gemacht und regionalspezifisch konkrete Handlungsbedarfe, wie z. B. eine gezielte Sprachförderung, eingefordert werden.

Wie ein verpflichtendes kooperatives und vernetztes Arbeiten gestaltbar sei, fragte in diesem Zusammenhang Claudia Völcker. Müsse es nicht in den relevanten Sozialgesetzbüchern – SGB II, III, V, VIII, IX, XII – verankert werden, um zum Zuge kommen zu können? Es gebe viele gute Angebote und strategische Ansätze, jedoch fehle es an strukturellen Regelungen.

„Wir müssen die Versäulung der Hilfebereiche überwinden, so Schnittstellenprobleme beseitigen und eine partizipative und kooperative Sozialplanung vorantreiben. Dazu ist eine strukturelle Verankerung in den entsprechenden gesetzlichen Regelungen notwendig, damit es nicht länger von einzelnen Personen abhängt, ob Kooperationen der Hilfesysteme erfolgen oder nicht.“

~Claudia Völcker, Leiterin des Fachbereichs Kinder- und Jugendhilfe, Diakonissen Speyer

Zugleich wies Frau Völcker darauf hin, dass Netzwerken auch zeitintensiv sei. Projekte hätten den Nachteil, dass sie nicht nachhaltig wirken könnten.

Welche **Schlussfolgerungen** sind aus der **Corona-Krise (nicht nur) für die Kinder- und Jugendhilfe** zu ziehen?

Für die Kommunen toppte die Krise die schwierige finanzielle Situation nach der Wiedervereinigung (Uwe Lübking). Insofern hätte die **kommunale Finanzlage** längerfristig geregelt werden müssen. Niemand wisse, wie sich das Pandemiegeschehen langfristig auf die Gewerbesteuer-einnahmen auswirke. Ein Ausgleich für die Mindereinnahmen gewähre der Bund aber nur für das Jahr 2020. Die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) bei Grundsicherungsempfänger\*innen um 25 Prozent und insgesamt bis zu 74 Prozent der gesamten KdU sei zwar richtig und entspreche einer Forderung der Kommunalen Spitzenverbände, entscheidend sei aber jetzt, wie genau die Regelung ausgestaltet werde. Zudem brauche es ein einfacheres Abrechnungsverfahren (Uwe Lübking). Dass die Altschuldenproblematik der Kommunen nicht geregelt worden sei, sei ein großes Versäumnis der Bundesregierung (Uwe Lübking). Hierauf eingehend erinnerte Landrat Recktenwald daran, dass kommunale Armut vielfach auf Strukturkrisen zurückzuführen sei, im Saarland beispielsweise durch den Zusammenbruch der Montanindustrie.



Insgesamt sei es für die Kommunen sehr schwierig, ihre Armutproblematik politisch bundesweit zu platzieren. Am besten sei, wenn Kommunen neue eigene Steuereinnahmen zugestanden würden (Udo Recktenwald).

Auch Thorsten Klute befürchtet, dass die Haushaltsberatungen in den Kommunen in den nächsten Jahren extrem schwierig würden und die Gefahr bestehe, dass die Schuldentilgung zu Lasten von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und damit letztlich der Menschen, die Hilfe brauchen, vollzogen werde.

„Es besteht die Gefahr, dass sich das soziale Gesicht im Land dramatisch verändern wird. Deshalb sprechen wir uns aus für einen Pakt von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, um der Gefahr zu begegnen, dass die Tilgung der neu aufgenommenen Schulden zu Lasten der Kommunen, der Wohlfahrtsverbände und auf Hilfe angewiesener Menschen erfolgt.“

~Thorsten Klute, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen-Lippe

In der Krise habe sich auch herausgestellt, dass die Jugendämter nicht als so systemrelevant gegolten hätten, wie sie es sind. Das gelte hinsichtlich zu geringer Finanz- und Personalressourcen und einer schlechten Ausstattung (Herr Lübking).

Auf die Folgen der durch Corona noch stärker angespannten kommunalen Finanzsituation für Menschen in sozial prekären Situation gingen die beiden Vertreterinnen von Wohlfahrtsverbänden, Frau Meinhold und Frau Völcker, ein. Auf der einen Seite kämpften die Kommunen mit ihrer finanziellen Unterausstattung, auf der anderen sei es aber notwendig, Armutsvermeidungsmaßnahmen vor Ort zu verbessern. Die **Regelsätze** der Grundsicherung seien völlig unzureichend, was durch kommunale Initiativen ausgeglichen werden müsse (Juliane Meinhold). Sie wünsche sich, dass sich die Kommunen stärker beim Bund für eine Anpassung der Regelsätze und deren transparente Herleitung einsetzen.

Frau Völcker hält nicht alle Maßnahmen der Konjunkturprogramme für zielführend und befürchtet, dass der Einspardruck erneut Standarddiskussionen aufkommen lasse.

Darüber hinaus seien von besonderer Relevanz die Themen **Sicherstellung von Bildung** (auch bei erneuten Lockdowns), **Gesundheitswesen, Wohnraumsicherung/ Wohnumfeldgestaltung** und **Digitalisierung**. Bei allen seien die **föderalen Besonderheiten** problematisch. So habe man es bei beruflich oder geografisch bedingten Umzügen stets mit neuen Regelungen zu tun. Für Familien mache aber die Lebenswelt nicht an den Grenzen von Bundesländern halt. Deshalb bedürfe es einer bundesland- und regionenübergreifenden Zusammenarbeit, um Kinder nicht aus dem Blick zu verlieren.

Beim Thema **Digitalisierung** waren sich die Teilnehmenden einig, dass dies eine Zukunftsaufgabe sei. Auch hier habe die Krise die Schwächen offengelegt: insbesondere die öffentlichen Träger seien extrem unterausgestattet. Das bedeute einen hohen Investitionsbedarf. Notwendig sei auch, den Digitalpakt Schule voranzubringen. Wie die Zahlen der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Gesamtschule in Wiesbaden-Biebrich zeigten, hätten viele Schüler\*innen keinen Zugang zum Homeschooling. Zudem ist die Ausstattung der Schulen abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulträger, also von der jeweiligen finanziellen Ausstattung der Kommune. Insofern bestehe ein Zusammenhang zwischen den kommunalen Finanzen und den Bildungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, der durchbrochen werden müsse. Notwendig sei, dass sich die Kultusministerkonferenz mit dem Thema Fernunterricht/Homeschooling befasse und den Weg dafür bereite, dass die Ausstattung und der bauliche Zustand nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune abhängig sein dürfe. Dies gefährde die Bildungschancen und die Bildungsgerechtigkeit (Uwe Lübking). Herr Recktenwald wies in diesem Zusammenhang darauf

hin, dass im Saarland das Land digitale Endgeräte für alle Schüler\*innen beschaffe und finanziere und die Schulträger für den Support und die Wartung zuständig seien.

Inhaltlich wies Herr Röder darauf hin, dass die Digitalisierung sowohl eine Chance als auch eine Hürde sein könne. Es bestünde die Gefahr, dass bestimmte Gruppen von Eltern, Kindern und Jugendlichen weiter abgehängt werden, andere hingegen werde man leichter erreichen. Herr Klute warnte davor, alles nur noch digital gestalten zu wollen. Nichts gehe über den direkten menschlichen Kontakt.

**Zusammenfassend** lässt sich feststellen:

- Trotz der coronabedingten neuen Verschuldung muss die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kommunen gestärkt werden, wenn sich die soziale Ungleichheit nicht noch weiter verschärfen soll.
- Jugendämter sind systemrelevant. Es gilt, sie finanziell und personell zu stärken und sie zeitgemäß digital auszustatten.
- Das deutsche Bildungssystem ist vollkommen veraltet. Nach wie vor hängt in Deutschland der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft ab. Neue Formen des Unterrichts und eine adäquate technische Ausstattung sind notwendig.
- Die Regelsätze in der Grundsicherung müssen angepasst und sie müssen transparent hergeleitet werden. Das gilt vor allem für die Regelsätze für Kinder und Jugendliche. Perspektivisch ist eine Kindergrundsicherung das richtige Instrument.
- Eine kooperative Leistungserbringung – Sozialgesetzbücher übergreifend – ist kein nice to have, sondern eine unabdingbare Notwendigkeit – unabhängig von Corona. Die Schnittstellenprobleme führen dazu, dass Eltern, Kinder und Jugendliche vielfach nicht die Leistungen erhalten, die notwendig sind, damit sie ihre Chancen wahrnehmen können. Mittelfristig wird sie auch zu Einsparungen führen.
- Bei der anstehenden SGB VIII-Reform ist auch darauf zu achten, dass Kooperationen in der Kinder- und Jugendhilfe gefördert, aber auch mit anderen Leistungserbringern – in erster Linie Schule, Jobcenter, Arbeitsagentur, Gesundheitswesen – ausgebaut werden. Leistungen müssen bereichsübergreifend finanzierbar werden.
- Die soziale Infrastruktur gehört weiter ausgebaut, z. B. durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagschule.
- Zivilgesellschaftliches Engagement gehört zu einer dezentralen sozialräumlich orientierten Leistung. Die Herausforderung ist, es nach dem Ende des Lockdowns zu stabilisieren.
- Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss bei alledem mitgedacht und gehandhabt werden – siehe dazu auch die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums „Junge Erwachsene – soziale Teilhabe ermöglichen“ vom Juni 2020.